

Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) im Fall der Erweiterung des Tennisplatzes in Vaduz brachte weitere Klärungen zur Handhabung des Naturschutzgesetzes. Die Beschwerde richtete sich gegen den mangelhaften Vollzug des Gesetzes, namentlich dagegen, dass eine Rodung stattfand, bevor das Verfahren nach Naturschutzgesetz durchgeführt wurde. Die VBI stimmte dieser Beschwerde zu und wies die Regierung an, Rodungsbewilligungen in Zusammenhang mit der Errichtung von Bauten und Anlagen mit einer aufschiebenden Bedingung zu versehen, solange das Verfahren nach Naturschutzgesetz nicht abgeschlossen ist. • In diesem Jahr fanden 9 Sitzungen der **Naturschutzkommission** der Regierung statt. Aufgrund der höheren Sitzungsfrequenz vertritt neu Regula Imhof die LGU in dieser Kommission. Themen waren unter anderem die teilweise Verbreiterung des Pistenweges im Bereich Kuhloch im Sareis, Ziegen im Berg- und Alpengebiet, der Helikopterlandeplatz, die Beurteilung von verschiedenen Projekten nach Naturschutzgesetz (Waldstrassen Eggastalda in Triesen und Malanser in Eschen/Gamprin, Deponieerweiterungen Langmahd in Mauren oder Ställa in Schaan, Untertageabbau im Steinbruch Balzers), die Erstellung einer Golfübungs-wiese in Vaduz, ein Konzept für die naturkundliche Forschung in Liechtenstein, die Aktualisierung des Naturschutzinventars, die Abänderungen des Naturschutzgesetzes oder die Errichtung eines Steinschlagschutzdammes im Bergwald. • Die **Magerwiesenkommission** tagte dreimal und beschäftigte sich vor allem mit der Integration des Magerwieseninventars in das Naturvorrangflächeninventar, mit dem Verfahren bei der Umstellung auf Magerwiesenbewirtschaftung, mit Parzellen, die neu ins Inventar aufgenommen werden und Einzelparzellen, auf denen Beanstandungen festgestellt wurden. Vertreterin der LGU ist in der Magerwiesenkommission weiterhin Barbara Rheinberger. • Das **Bannrie t-Projekt** wurde 1998 neu aufgerollt und in eine